

Kurzmeldungen der GWPF

geschrieben von Chris Frey | 14. Mai 2018

UN-Klimaverhandlungen erreichten bzgl. des Pariser Abkommens keine Übereinstimmung. China fordert Neuverhandlungen

Matt McGrath

10. Mai 2018: Es sieht ganz so aus, als ob die UN-Verhandlungen in Bonn zum Stillstand kommen, verloren sich doch die Delegierten im Klein-Klein technischer Argumente über den Pariser Klima-Pakt.

Ärmere Nationen sagen, dass sie die Schnauze voll hätten von der Bevormundung durch reichere Länder bzgl. Finanzen und Verpflichtungen zur Kohlenstoff-Reduktion. Einige Länder unter der Führung von China trachten jetzt danach, entscheidende Aspekte des Paris-Abkommens neu zu verhandeln. Man vereinbarte eine zusätzliche Woche mit Gesprächen im September, um zu versuchen, den Prozess wieder in Fahrt zu bringen.

Die Unterzeichnung des Pariser Klima-Abkommens im Jahre 2015 wurde als momentane Errungenschaft betrachtet, aber in der Rückschau scheint die Erreichung des Abkommens der einfachste Part gewesen zu sein. Während der zwischenzeitlichen zweieinhalb Jahre blieben die UN-Delegierten immer mehr stecken, müssen sie sich doch durch einen Wust technischer und buchhaltungsrelevanter Regeln wühlen, mit welchem der Paris-Pakt im Jahre 2020 in Kraft treten soll.

Ärmere Länder sind frustriert durch das, was sie als das Gehabe der Reichen ansehen, hinsichtlich steigender Meeresspiegel sowie verheerender Überschwemmungen und Stürme. „Die entwickelte Welt muss vorangehen!“, sagte Amjad Abdulla, Delegationsleiter der Abordnung von den Malediven. „Wir haben einen gewaltigen Rückstand – die Maßnahmen (der reichen Nationen) zur Limitierung des Kohlenstoff-Ausstoßes vor 2020 haben nicht wirklich etwas bewirkt – und schon jetzt sprechen wir über Regeln für die Jahre nach 2020, und das ist unfair!“

Man folge dem Geld

Klima-Finanzierung ist fast immer die Wurzel der größten Streitpunkte in diesem Prozess. Hier in Bonn haben die Entwicklungsländer starken Druck ausgeübt, um reichere Nationen zu Verpflichtungen zu bringen sowie zu einem Fahrplan der zu zahlenden Gelder in der Zukunft.

Für viele Delegierte wie Amjad Abdulla ist diese Frage des Vertrauens auf Finanzierungen entscheidend, nicht nur hinsichtlich der Folgen Klimawandels, sondern auch, um den Entwicklungsländern zu helfen, Emissionen zu reduzieren und zu erneuerbarer Energie zu wechseln. „Die Verpflichtungen der Entwicklungsländer sind vorbehaltlos, aber es gibt Grenzen, und man muss der Realität ins Auge sehen, dass wir in einer

limitierten Welt leben. Falls Ihnen die Hände gebunden sind, gibt es keine Möglichkeit, sich zu bewegen – man muss Gelder freigeben, denn sie sind der Schlüssel“.

Abkommens neu auszuhandeln – nämlich dass alle Nationen, reiche und arme, sich der Reduktion von Kohlenstoff verpflichten. „Die Signale, die hier zu hören waren, waren nicht wirklich hilfreich, sondern im Gegenteil ziemlich negativ“, sagte Ulrikka Aarnio, eine Beobachterin des Climate Action Network. „Es gibt eine Reihe von Ländern, die Finanzhilfen zur Anpassung brauchen, Anpassung und um den Auswirkungen zu begegnen. China gehört zu dieser Gruppe und könnte sie unterstützen wollen. Hier ist Verhandlungsgeschick gefragt“.

Widerstand gegen Änderungen?

Die chinesische Idee, dass „zurück in die Zukunft“ das beste wäre für Entwicklungsländer, hat sich auch in einem Disput niedergeschlagen über etwas, das lediglich der triviale Vorgang einer Namensänderung ist. Die UN brachten im vorigen Jahr ins Spiel, die sperrige Bezeichnung „UN Framework Convention on Climate Change“ in die einfachere Form „UN Climate Change“ umzuwandeln.

Diese vorgeschlagene neue Bezeichnung erzürnte nun aber einige Delegationen, weil das Wort ‚convention‘ daraus verschwunden war. Mit der Unterschrift im Jahre 1992 teilte die *framework convention* die Welt in die Reichen mit deren Verpflichtung der Reduktion ihres Kohlenstoff-Ausstoßes und in die Armen, welche nach wie vor so viele fossile Treibstoffe verbrennen dürfen, wie sie wollen.

„Alles, was wir gemacht haben, lief unter der *framework convention*. Ich denke nicht, dass wir das ändern sollten, die Bezeichnung muss bleiben – sie ist fest verankert. Wir arbeiten unter dieser Bezeichnung und bauen darauf auf. Eine Änderung ist eine sehr schlechte Idee“.

Der langsame Fortschritt hier bedeutet, dass nun eine zusätzliche Sitzung im September anberaumt worden ist, auf der ein wenig Fortschritt erreicht werden soll, bevor die Minister im Dezember zur nächsten großen Klimatagung in Polen zusammenkommen.

Die ganze Story

UK treibt im Geheimen die Schwächung von EU-Klimagesetzen voran

Ein geheimer Vorstoß von UK, noch vor dem Brexit die EU-Klimagesetze zu schwächen, riskiert die in Paris eingegangenen Verpflichtungen der EU zu blockieren.

Die EU hat sich zu einer Reduktion ihres Energieverbrauchs um 20% bis zum Jahr 2020 verpflichtet. Dieses Ziel soll erreicht werden mittels zweier Direktiven bzgl. Energie-Effizienz und Gebäuden. Aber dem

Guardian vorliegende durchgesickerte Dokumente zeigen, dass sich UK intensiv für eine Verschiebung des Zeitrahmens 2014 bis 2020 um mindestens vier Jahre stark macht, damit bereits ergriffene „frühe Maßnahmen“ bzgl. Energie-Effizienz berücksichtigt werden.

Jedwede weitere „exzessive Energieeinsparungen“ während der gesetzlich vorgegebenen Zeit würden dann in die Zeit nach 2020 verschoben. MEPs [= Parlaments-Abgeordnete] haben den Plan als „nicht umfassend“ abgetan. Benedek Jávör, Vizepräsident des Umweltausschusses des EU-Parlaments, sagte dem *Guardian*: „Die UK-Eingabe einer Ausweitung von ‚Flexibilitäten‘ ist durch und durch verrückt und unterminiert das *principle of additionality* ebenso wie die über allem stehende Energieeffizienz-Direktive“.

„Ein solcher Vorgang würde das Scheitern unserer Bemühungen heraufbeschwören, selbst moderate Ziele zu erreichen, während die höheren – und vorteilhafteren – Ziele, die zu erreichen für unser Überleben wichtig ist, vollständig verloren gehen“.

Der ganze Beitrag.

Übersetzt von Chris Frey EIKE